

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

28.4.1900 (No. 116)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. April.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 116.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Zig.“ — gestattet.

1900.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Mai und Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 17. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Leutnant à la suite der Armee Redjib Bey, kommandirt zur Dienstleistung beim 4. Garde-Regiment z. F., bisher beim 1. Badiſchen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. April l. J. gnädigst geruht, den Notar Dr. Richard Ritter in Schönau in den Amtsgerichtsbezirk Mannheim zu versetzen.

Vom Justizministerium wurde dem Notar Dr. Richard Ritter das Notariat Ladenburg zugewiesen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Die Sprachenfrage in Böhmen.

Der Entwurf des Ministeriums Rörber zur Lösung der nationalen Schwierigkeiten in Böhmen hat vor den Augen der erregten Czechen keine Gnade gefunden. Herr von Rörber will Böhmen in drei Sprachgebiete theilen: in ein deutsches, ein czechisches und ein gemischtes. In dem deutschen Gebiete soll die Amtssprache durchaus die deutsche sein und Eingaben sollen nur unter gewissen Bedingungen in czechischer Sprache eingereicht werden dürfen; die Erledigung solcher Eingaben aber soll stets in deutscher Sprache erfolgen. Ebenso soll die mündliche Verhandlung in deutscher Sprache geführt werden und nur, wenn eine Partei der deutschen Sprache durchaus nicht mächtig ist, soll ein Dolmetscher hinzugezogen werden. Selbstverständlich sollen in dem czechischen Sprachgebiete die Deutschen von denselben Bestimmungen getroffen werden, wie die Czechen in dem deutschen Sprachgebiete. Der Plan des Ministeriums Rörber erhebt durchaus nicht Anspruch auf Neuheit; er ist vielmehr schon vor Jahren von maßvollen Politikern beider Nationalitäten erwogen und als der einzig und allein der Billigkeit entsprechende Ausgleich bezeichnet worden. Jetzt aber gebärden sich die Czechen wie toll und behaupten, daß sie in dem deutschen Sprachgebiete gewissermaßen unter ein Ausnahme-recht gestellt werden würden. Sie stellen Vergleiche an zwischen Nordböhmen und Wälsch-Tirol. Daß in dem czechischen Sprachgebiet die Deutschen gewissermaßen zu Bürgern zweiter Klasse gemacht werden, dagegen haben sie freilich nichts einzuwenden. Den wackeren Czechen geht eben das Verständnis für Reziprozität vollkommen ab. Nach ihrer Ansicht soll ganz Böhmen ein einziges Czechien sein.

In diesem Sinne hat der jungczechische Abgeordnete Pacal einen Antrag auf Durchführung des gleichen Rechts der czechischen Sprache bei allen Behörden Böhmens eingebracht, wohlweislich nicht im Reichsrathe, sondern im böhmischen Landtag, in dem die Czechen über die weit überwiegende Majorität verfügen. Es versteht sich ganz von selbst, daß die österreichischen Deutschen nicht so unklug sind, den böhmischen Landtag als das geeignete Terrain für die Entscheidungsschlacht anzusehen, die dort von vornherein für die Deutschen verloren sein müßte; sie fordern, daß diese Frage im Reichsrathe entschieden werde.

Der Abgeordnete Pacal hat bei der ersten Lesung seines Antrages im böhmischen Landtage erklärt, kein Czeche würde sich auf den Rörberschen Plan einlassen. Nach der Haltung der czechischen Presse darf man annehmen, daß Pacal allerdings im Namen und mit der Zustimmung aller seiner Parteigenossen gesprochen hat. Man erzieht daraus, daß es dem Ministerium Rörber nicht leicht fallen wird, seinen Entwurf zum geltenden Gesetze zu machen.

Es ist aber umso mehr zu hoffen, daß die österreichische Regierung fest bleiben wird, als czechischer Uebermuth ihr

gerade jetzt zeigt, wohin Oesterreich gelangen würde, wenn aus Böhmen ein rein czechischer Staat gemacht würde. In der Hauptstadt des Reichs, in Wien, soll demnach eine Zeitschrift erscheinen mit dem ausgesprochenen Zwecke, den Westslaven die Erlernung der russischen Sprache zu erleichtern, um diese Sprache zum gemeinsamen Verständigungsmittel aller slavischen Völkerschaften zu machen. Ganz in demselben Sinne haben die Jungczechen einen Antrag eingebracht, wonach die russische Sprache auf allen czechischen Gymnasien als obligatorischer Unterrichtsgegenstand eingeführt werden soll. In demselben Sinne haben sich auch die Czechen bereits gelegentlich der czechisch-russischen Verbrüderung bei der Palast-Feier ausgesprochen. Die Czechen gehen also darauf aus, Böhmen und die übrigen österreichischen Kronländer, die eine überwiegend slavische Bevölkerung haben, zu russischen Satrapien, wenn auch zunächst noch nicht formell, so doch faktisch zu machen. Es würde nicht einmal viel nützen, den Polen gegen die Czechen und die anderen slavischen Nationalitäten in Oesterreich auszuspielen, denn die Polen sind an Kopfszahl noch nicht halb so stark wie die anderen slavischen Nationalitäten. So ist es eine wichtige Frage für die österreichische Regierung, die Czechen in Böhmen nicht so stark werden zu lassen, daß sie für die panlavistische Agitation einen mächtig fördernden Faktor bilden.

(Telegramme.)

Prag, 26. April. Landtag. Weiterberatung des Sprachenantrages Pacal. Schücker betont, daß die Deutschen nicht von der Forderung nationaler Abgrenzung ablassen würden. Herold sagt: Die Czechen hätten die Verständigungskonferenz nur besucht, um der Regierung zu ermbölichen, ihnen für die Aufhebung der Sprachenverordnungen Genehmigung zu geben. Wenn ihnen solche nicht bis zum 5. Mai gegeben würde, würden die Czechen sie selbst nehmen, und zwar in einer wieder den Deutschen nach der Regierung genehmen Weise. (Beifall, auch auf den Galerien.) Der Oberlandmarschall droht, diese räumen zu lassen. Wolf schreit: Der Antrag Pacal ist eine Komödie. Das ist Komödiantenpolitik! und verlangt unter ohrenbetäubendem Lärm die Räumung der Galerien. Der Oberlandmarschall entgegnet, die Galerien hätten seiner Mahnung Folge geleistet, er habe somit keinen Anlaß zu weiterem Einschreiten. Er schließt die Sitzung, als Wolf weiter protestirt.

Prag, 27. April. (Privattelegramm.) Der vom deutschradikalen Abgeordneten Wolf in gestriger Landtags-sitzung vom Zaun gebrochene Standal wird in hiesigen deutschen Kreisen bitter empfunden. Man schämt sich, daß Wolf vor einer durch nichts begründeten persönlichen Beleidigung des Oberlandmarschalls nicht zurückschreite, und befürchtet, daß die Ungezogenheiten Wolfs der deutschen Gemeinbürgerschaft gerade in einem Augenblicke unberechenbaren Schaden zufügen werden, in welchem an maßgebendster Stelle eine Annäherung an die deutschen Wünsche unternommen wird. Besonders peinlich berührte die Anrempel der deutschfortschrittlichen Abgeordneten durch Wolf in der Landtags-sache. Die czechischen Abgeordneten bildeten den lachenden Dritten, als Wolf die ihn zur Ruhe mahnenden deutschen Abgeordneten schmähte und sie mit öffentlicher Festnagelung bedrohte, falls sie ihren gesellschaftlichen Verkehr mit dem Oberlandmarschall aufrecht erhielten. Da trotzdem mehrere deutsche Abgeordnete dem geistigen Empfang beim Oberlandmarschall anwohnten, wo auch der deutsche Konsul v. Sedendorff anwesend war, dürfte demnach von Wolf eine regelrechte Heze gegen sie unternommen und die deutsche Gemeinbürgerschaft in Böhmen durch eigene Stammesgenossen mehr noch als durch die Czechen gefährdet werden. Die „Bohemia“, das seit sieben Jahrzehnten führende Blatt der Deutschböhmern, anerkennt selbst, daß ein Grund zur Verübung der Wolfschen Standal-senen nicht vorlag und daß die Czechen alle Ursache haben, sich über den Wolfschen Vorstoß zu freuen. Das ehrliche Deutschthum Böhmens wird Mähe haben, den vom deutschen Radikalismus der nationalen Gemeinbürgerschaft zugefügten Schaden einigermaßen gut zu machen.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

Berlin, 26. April.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Köhler erklärt, es bestehe die Hoffnung, daß die im Reichsgesundheitsamte angestellten Versuche bald zu einem Abchlusse führen würden. Das Vor-

Mit einer Beilage.

gehen gegen die Seuche könne immer nur empirisch sein. Die Verhängung der Sperre aber von Laien abhängig zu machen, die amtlich niemals mit der Sache sich befaßt haben, würde zu bedenklichen Konsequenzen führen. Es schade nichts, wenn zuerst etwas zu weitgehende Sperren verhängt würden. Die Hauptsache bleibe, schnell einzugreifen, sobald die Seuche als solche erkannt werde.

Abg. Graf Lindow (kons.) betont, die Sperrmassregeln könnten nicht streng genug durchgeführt werden, wenn man der Seuche Herr werden wolle. Hintergehungen der Behörde müßten streng bestraft werden. Allerdings müsse man dann auch dem Auslande gegenüber streng sein.

Schließlich wird der erste Theil der Resolution Rembold betreffend die Revision der bestehenden Vorschriften einstimmig angenommen, der zweite Theil nebst dem Antrage Bödel abgelehnt.

Die Resolutionen betreffend die Aufhebung der Zollfreiheit der Schiffsausrüstungsgegenstände sowie die Resolution betreffend den Verkauf von Saccharin werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgen Petitionen.

Die Petitionen betreffend den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung werden zur Erödigung überwiesen. Die Petitionen betreffend den Sklavenhandel in Togo werden zur Kenntnisknahme überwiesen.

Die Petitionen wegen des Transportes Schwerkranker auf den Eisenbahnen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petitionen betreffend Sicherung der Bauordnungen werden als Material überwiesen.

Die Petitionen wegen Einführung der Maximalarbeitszeit in der Textilindustrie beantragt die Kommission als Material zu überwiesen.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) spricht sich für den Kommissionsantrag aus.

Abg. Baudert (Soz.) meint, für die Noth der Textilarbeiter sei es bezeichnend, daß in neuerer Zeit sich Vereine zur Unterstützung der armen Weber gebildet hätten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei dringend notwendig.

Vizepräsident Schmidt rügt nachträglich in der Rede des Abg. Fischer die Aeußerung, „die sogenannte Buchhausvorlage stütze sich auf unabweisbare und erlogene Behauptungen“ und ruft Fischer zur Ordnung.

Abg. Hise (Centr.) fährt aus: Das Centrum trete seit Jahren für die Ebstundenarbeit ein. Derartige Fragen könnten eigentlich nur in der Kommission erledigt werden. Man möge den Kommissionsantrag mit möglichst großer Majorität annehmen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Fischer und Hise wird der Antrag der Kommission angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Eingegangen ist eine Interpellation, betreffend Abänderung des Weingesezes.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 27. April.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär Graf v. Posadowsky.

Interpellation Deinhardt: Bis zu welchem Zeitpunkt die Vorlage betreffend Abänderung des Weingesezes im Reichstages zu erwarten sei? Deinhardt begründet die Interpellation. Die Frage erscheine dringend. Die Interessenten, und das sind wir alle, hoffen wenigstens auf ein Nothgesetz. Die Regierung möge endlich herausrücken mit dem, was da ist. Wir produzieren mit die edelsten Weine der Welt. Diese müssen geschützt werden.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwidert: Auf Grund der Berathung einer vom Reichsamte einberufenen Sachverständigenversammlung ist bereits ein umfassender Gesetzentwurf ausgearbeitet worden. Die Regierung erhebt aber gegen die Fassung des Entwurfes nicht unerhebliche Einwendungen. Er bittet, die Vorlage bis zur nächsten Session zu verschieben.

Abg. Wassermann (nat.-lib.) beantragt die Besprechung der Vorlage.

Der Antrag wird angenommen.

Berlin, 27. April. Der Reichstagsabgeordnete für den 2. Wahlkreis Elsaß-Lothringen (Mühlhausen) Bueb (Soz.) legte heute sein Mandat nieder. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstages entschied heute formell, die Wahl des Herrn v. Stumm (6. Wahlkreis Trier) zu beanstanden.

### Die Flottenvorlage vor der Budgetkommission.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

Im Verlaufe der Berathung betont Abg. Müller-Fulda, daß die Sozialdemokraten des Auslandes bezüglich der Marineforderungen auf einem anderen Standpunkte stehen, wie in Deutschland; man möge aufhören, auch bei uns sich ausschließlich von Parteierwägungen leiten zu lassen. Vor der Nothwendigkeit müßten andere Wünsche zurücktreten.

Bei Punkt 3, „Materialreserve“, warnt Staatssekretär Trippl vor einer Verminderung und erklärt deren gesetzliche Festlegung für notwendig. Für Ausfälle im Gesecht müsse man vollwertige Reserveschiffe fordern.





